



Nr. 47

12. Dezember 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Europäischer Abend

[„Verteidigungsbereitschaft nicht nur militärisch denken“](#)

Demonstrationen in Bayern und NRW

[Einkommensrunde der Länder: „Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus!“](#)

dbb jugend

[Fandrejewski: Nur ein attraktiver öffentlicher Dienst hat Zukunft](#)

dbb senioren

[Grundlegende Rechte ohne Verfallsdatum](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[Kritik am Doppelhaushalt: öffentlichen Dienst nicht kaputtsparen!](#)

Schleswig-Holstein

[Alimentation: Erfordernis der haushaltsnahen Geltendmachung vom Tisch?](#)

Hamburg

[Gespräch mit Grünen-Politiker über öffentlichen Dienst](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Neue Verbandsspitze gewählt - Tomi Neckov ist Bundesvorsitzender](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Vaterschaftsurlaub – Anspruch aus Europarecht?](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



## Europäischer Abend

### „Verteidigungsbereitschaft nicht nur militärisch denken“

**Der dbb-Chef Volker Geyer setzt sich dafür ein, Sicherheitspolitik möglichst breit zu verstehen – auch im öffentlichen Dienst.**

Dazu erklärte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer am 9. Dezember 2025 zur Eröffnung des Europäischen Abends (Thema: „Sicherheit für Europa. Wie verteidigungsbereit sind wir?“) in Berlin: „Warum wir über Verteidigungsbereitschaft anders als bisher sprechen müssen, zeigt beispielsweise ein Ereignis im Oktober dieses Jahres: Der Flugbetrieb am Berliner Flughafen wurde für zwei Stunden unterbrochen, nachdem eine Drohne über dem Gelände gesichtet wurde. Flüge wurden umgeleitet, Sicherheitskräfte aktiviert. Am Ende sprachen die Verantwortlichen von einem ‚Weckruf‘. Das verdeutlicht die Verwundbarkeit unserer kritischen Infrastruktur. Wir brauchen eine schnelle, koordinierte und rechtssichere Zusammenarbeit zwischen Behörden, Sicherheitsakteuren und privaten Betreibern. Die Grenzen zwischen Normalbetrieb und Krisenmodus verschwimmen.“

Es gehe nicht darum, Alarmstimmung zu verbreiten oder außergewöhnliche Maßnahmen zu normalisieren, betonte Geyer: „Es geht darum, moderne Rechtsgrundlagen zu schaffen, Verantwortlichkeiten klarer zu ordnen, europäische Vorgaben sinnvoll einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass Beschäftigte eingebunden und geschützt werden. Der Staat muss auch in außergewöhnlichen Lagen handlungsfähig

bleiben, ohne seine rechtsstaatlichen Grundsätze aufzugeben. Deshalb müssen wir Verteidigungsbereitschaft nicht nur militärisch denken. Sie beginnt in den Verwaltungen, in den Gesundheitsämtern, in der Verkehrssteuerung, in den kommunalen Einrichtungen, in den digitalen Lagezentren – überall dort, wo Beschäftigte des öffentlichen Dienstes den Staat auch unter schwierigen Bedingungen funktionsfähig halten.“

Imke von Bornstaedt-Küpper, Bundesvorsitzende des Verbands der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB), unterstrich in ihrem Impulsvortrag ebenfalls die Bedeutung der Verwaltung für die Verteidigungsbereitschaft: Der geplante Aufwuchs der Streitkräfte werde zwangsläufig mit einem Aufgabenzuwachs in der zivilen Wehrverwaltung und einer entsprechenden Anpassung des Personals verbunden sein. „Die Bundeswehrverwaltung ist bewusst nicht Teil der Armee, sondern der zivile Unterbau, auf dem militärische Handlungsfähigkeit erst entstehen kann. Sie beschafft das Material, sie gewinnt das Personal, sie organisiert die Unterkunft und Versorgung – kurzum, sie schafft die Voraussetzungen, damit die Streitkräfte ihren Auftrag erfüllen können. Eine starke Truppe braucht ein tragfähiges Fundament – das ist die zivile Bundeswehrverwaltung“, so die VBB-Chefin.

## Demonstrationen in Bayern und NRW

### Einkommensrunde der Länder: „Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus!“

**Nach dem ernüchternden Auftakt der Tarifverhandlungen haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder am 9. Dezember 2025 erste Protestaktionen gestartet.**

In Bayern haben etwa 300 Beschäftigte in Ansbach für mehr Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. „Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein“, sagte Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra.). „Deshalb ist unsere Forderung nach 7 Prozent mehr Einkommen, mindestens jedoch 300 Euro, mehr als gerechtfertigt. In Deutschland gibt es Straßenmeistereien, in denen Beschäftigte sowohl

nach TVöD als auch nach TV-L bezahlt werden. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die bei einem Bundesland angestellt sind, schlechtere Konditionen hinnehmen müssen.“

Bereits vor Beginn der Einkommensrunde hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder angekündigt, das Tarifiergebnis erst sechs Monate später auf die Beamtinnen und Beamten übertragen zu wollen. „So etwas hat es bisher nicht gegeben“, kritisierte Rainer Nachtigall,



Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds (BBB). „Tag für Tag leisten die Beamtinnen und Beamten bei der bayerischen Polizei, in den Schulen und in der Verwaltung großartige Arbeit. Es wäre angebracht, wenn der Ministerpräsident diese Arbeit wertschätzen würde. Deshalb erwarten wir selbstverständlich die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses, im Übrigen auch in den anderen Bundesländern.“

Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, unterstrich, dass der öffentliche Dienst insbesondere auch für junge Nachwuchskräfte attraktiver werden müsse: „200 Euro mehr für Auszubildende, Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten, das sollte den Ländern die Zukunft des öffentlichen Dienstes Wert sein“, sagte er. „Außerdem erwarten wir einen Mobilitätzuschuss in Form eines Wahlmodells für alle, die sich in einer Ausbildung befinden. Die Betroffenen sollen sich zwischen der Übernahme des Deutschlandtickets oder eines Tankkostenzuschusses in Höhe von 50 Euro monatlich entscheiden können.“

Auch in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf haben über 200 Beschäftigte ihren Forderungen in der Einkommensrunde Nachdruck verliehen. „Ohne konkurrenzfähige Bezahlung verlieren wir die Menschen, die unser Gemeinwesen am Laufen halten. Gute Arbeitsbedingungen sind kein Luxus. Sie sind elementare Voraussetzung für funktionierende Schulen, Kliniken und Justizverwaltungen. Hier steht die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der Verantwortung. Öffentliche Daseinsvorsorge gibt es nicht mit Beschäftigten am Limit, sondern nur mit Respekt und guter Entlohnung“, sagte Roland Staude, Vorsitzender des dbb NRW.

Bereits am 6. Dezember 2025 machten Vertreterinnen und Vertreter von BBW-Fachgewerkschaften und Fachverbänden gemeinsam mit BBW-Chef Kai Rosenberger mit einer Mahnwache vor den Toren des CDU-Landesparteitags im Heidelberger Congress Center auf sich aufmerksam. Gemeinsam warben sie dort – und später auch direkt im Center beim CDU-Landesparteivorsitzenden Manuel Hagel – um Unterstützung für verbesserte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, für eine faire tarifliche Entlohnung und für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses TV-L auf die Beamtenschaft und den Versorgungsbereich.

Im Saal des Congress Centers verwies BBW-Chef Rosenberger gegenüber Manuel Hagel, der auch Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl 2026 ist, auf die konstruktiven Gespräche und den Dialog zwischen BBW und der CDU. Zugleich betonte er die Notwendigkeit für eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst – gemeinsam für den öffentlichen Dienst und zur Erhaltung des Berufsbeamtentums in seiner aktuellen Form und einer verfassungskonformen Besoldung. Danach übergab er das Papier mit den Forderungen zur Einkommensrunde TV-L.

Hintergrund: Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die kommenden zwei Verhandlungsrunden sind für den 15./16. Januar sowie den 11.-13. Februar 2026 vereinbart.

dbb jugend

## Fandrejewski: Nur ein attraktiver öffentlicher Dienst hat Zukunft

**Die Menschen erwarten eine moderne und effiziente Verwaltung. Doch es liegt einiges im Argen, kritisiert der Chef der dbb jugend.**

„Es hat nichts mit Wertschätzung zu tun, wenn Beschäftigte eine angemessene Entlohnung einklagen müssen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 4. Dezember 2025 auf den Praxistagen Beamtenrecht in Berlin, die das Kommunale Bildungs-

werk (kbw) organisiert hat. Dort nahm er an einer Podiumsdiskussion zur Zukunftsfähigkeit des Berufsbeamtentums teil.

Im November hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin in mehreren Jahren zu niedrig war. Fandrejewski:



„Das Urteil ist bezeichnend für den Zustand des öffentlichen Dienstes. Aktuelle Erhebungen zufolge fehlen 600.000 Beschäftigte. Es wirkt abschreckend auf potenzielle Fachkräfte, wenn die Bezahlung nicht rechtens ist. Der Staat kann das Fachkräfteproblem nur lösen, wenn er zuerst das Glaubwürdigkeitsproblem löst.“

Fandrejewski verwies auf eine Studie, die die dbb jugend in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam durchgeführt hat. Demnach ist die Bezahlung mit Abstand der größte Attraktivitätsfaktor, mit dem der öffentliche Dienst

junge Fachkräfte gewinnen und halten kann. „Natürlich sind noch weitere Stellschrauben von Bedeutung“, betonte der Vorsitzende der dbb jugend. „Wir müssen das Laufbahnrecht flexibler gestalten, sodass sich Leistung mehr lohnt. Formale Wartezeiten und Laufbahngrenzen können dazu führen, dass junge Menschen den öffentlichen Dienst verlassen. Das heißt nicht, dass wir das Laufbahnrecht abschaffen wollen, im Gegenteil. Es geht um Flexibilität und Weiterentwicklung im Sinne einer zukunftsfähigen Verwaltung.“

dbb senioren

## Grundlegende Rechte ohne Verfallsdatum

**Die dbb bundesseniorenvertretung fordert den Schutz der Rechte Hochaltriger und mahnt ein Ende der unwürdigen Debatte um Altersobergrenzen bei medizinischen Behandlungen an.**

„Menschenrechte gelten – heute, morgen und in Zukunft – für alle Menschen - unabhängig vom Alter“, bekräftigte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, aus Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte am 9. Dezember 2025.

„Grundlegende Rechte haben kein Verfallsdatum. Und um die rechtliche Gleichstellung Älterer zu stärken, fordern wir als dbb bundesseniorenvertretung die Aufnahme des Alters als Diskriminierungsmerkmal in den Artikel 3 des Grundgesetzes. Besonders wichtig ist uns der ungebrochene Anspruch auf Würde und Freiheit im Alter. Auch Bildung ist als universelles Menschenrecht kein Privileg der Jüngeren. Ältere Menschen haben ein Recht auf lebenslangen Zugang zu qualifizierten Bildungsangeboten, um auch mit zunehmendem Alter weiter am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Das ist es, was aus unserer Sicht gutes Altern ausmacht.“

Kritisch setzt sich die dbb bundesseniorenvertretung mit Äußerungen des CDU-Gesundheitspolitikers Hendrik Streeck auseinander, die kostenintensiven Maßnahmen in der Ge-

sundheitsversorgung Hochaltriger in Frage gestellt hatte. „Solche Aussagen gefährden die Menschenrechte auf Leben und Gesundheit jedes Einzelnen. Unabhängig von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen diese geschützt sein. Die Gesundheitsversorgung muss solidarisch gestaltet bleiben – gerade in Zeiten steigender Nachfrage und begrenzter Ressourcen. Ich frage mich, wo uns solche Aussagen hinführen würden, wo eine Grenze gezogen wird? Heute bei den Hochaltrigen und morgen bei all jenen, bei denen ein Behandlungserfolg medizinisch fragwürdig erscheint? Diese Gedankenspiele möchte ich nicht fortführen. Eine solche Debatte ist unwürdig“, so Klitzing.

Hintergrund: Der Internationale Tag der Menschenrechte erinnert an die Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in Paris. Im Jahr 1950 wurde er von der UNO zum internationalen Gedenktag erklärt. Unter anderem Menschenrechtsorganisationen nehmen diesen Tag zum Anlass, die Menschenrechtssituation weltweit kritisch zu betrachten und auf aktuelle Brennpunkte hinzuweisen.



## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Bayern

### **Kritik am Doppelhaushalt: öffentlichen Dienst nicht kaputtsparen!**

**Am 10. Dezember 2025 hat Finanzminister Albert Füracker im Landtag den Entwurf des Doppelhaushalts 2025/2026 eingebracht. Eingerechnet ist unter anderem neben einem Stellenmoratorium und dem Abbau von 10.000 Stellen bis 2040, eine gegenüber dem Tarifbereich um sechs Monate verzögerte Anpassung der Besoldung.**

„Das ist angesichts der aktuellen Lage nicht zu verantworten“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), „wir brauchen einen soliden und starken öffentlichen Dienst, keinen der kaputt gespart wird! Stelleneinsparungen, Reduzierung von Teilzeit, fehlende Möglichkeiten zu beruflichem Aufstieg und dann noch die völlig ungerechtfertigte Abkoppelung von der allgemeinen Einkommensentwicklung – es wäre ein Wunder, wenn das völlig ohne Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bliebe.“

Die von Ministerpräsident Söder schon vor Beginn der Tarifverhandlungen angekündigte verzögerte Anpassung der Beamtenbesoldung, die nun ohne weitere Erwähnung in den Entwurf des Haushalts eingerechnet wurde, spaltet die Beschäftigtengruppen (Tarif/Beamte),

schwächt den öffentlichen Dienst und verweigert einer einzelnen Berufsgruppe die Teilhabe an der allgemeinen Entwicklung der Einkommen. „Dass der Ministerpräsident das angekündigt hat, noch bevor die Tarifverhandlungen überhaupt begonnen haben, stellt einen unvermeidbaren Eingriff in diese Verhandlungen dar!“, so Nachtigall.

Üblicherweise folgt die Beamtenbesoldung den Tarifgehältern. In den vergangenen Jahrzehnten galt der Grundsatz der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung. „Einheitliche Beschäftigungsbedingungen im gesamten öffentlichen Dienst und unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis waren bisher auch der Staatsregierung wichtig“, erläutert der BBB-Chef. „Es geht auch darum, welches Signal man an diejenigen sendet, die dem öffentlichen Dienst Tag für Tag ein Gesicht verleihen und ihn am Laufen halten!“

Schleswig-Holstein

### **Alimentation: Erfordernis der haushaltsnahen Geltendmachung vom Tisch?**

**Nach der Zusage, die verfassungswidrig zu niedrige Besoldung des Jahres 2025 durch antragsunabhängige Nachzahlungen zu korrigieren, hat die Landesregierung mit einem weiteren Zugeständnis nachgelegt: Sollten die im Jahr 2026 erwarteten Korrekturgesetze als unzureichend bewertet werden, können Anträge auf mögliche weitere Ansprüche auch dann noch gestellt werden.**

Das würde einen Verzicht auf das Erfordernis der haushaltsnahen Geltendmachung bedeuten. Die dynamische Entwicklung in einer ohnehin komplexen Materie macht es den Beamtinnen und Beamten nicht einfach, die Lage einzuordnen und das Erfordernis einer Antragstellung einzuschätzen. Der dbb sh hilft.

Das von der Rechtsprechung entwickelte Erfordernis der haushaltsnahen Geltendmachung bedeutet, dass aus der Verfassung resultierende übergesetzliche Besoldungsansprüche im jeweiligen Haushaltsjahr geltend gemacht werden müssen, um Ansprüche auf Nachzahlungen abzusichern. Für das Jahr 2025 hat

eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. November zur Berliner Besoldung zusätzlichen Anlass gegeben, entsprechende Anträge zu stellen. Denn die fortentwickelten Vorgaben zur Prüfung der Verfassungskonformität der Besoldung lassen erkennen, dass die Besoldung auch in Schleswig-Holstein verfassungswidrig ist.

Offenbar um die Antragsflut einzudämmen, wurde am 4. Dezember vom Finanzministerium zugesagt, die Korrekturen im Jahr 2026 rückwirkend auch für das Jahr 2025 vorzunehmen und eventuelle ergänzende Ansprüche antragsunabhängig nachzuzahlen. Nachdem



der dbb sh mit Blick auf die im Detail nicht bekannten Korrekturabsichten die Antragsempfehlung aufrechterhalten hat, wurde nachträglich der Verzicht auf das Erfordernis der haushaltsnahen Geltendmachung erklärt. „Die betroffenen Bediensteten können damit auch nach Ablauf des Haushaltsjahres 2025 ... ihre Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation für das Jahr 2025 prüfen und ggf. noch einen entspr. Antrag ... stellen“ heißt es in dem Schreiben an den dbb sh.

Unabhängig davon, dass die bestmögliche Rechtssicherheit (insbesondere, solange keine

öffentliche bzw. verbindliche Erklärung vorliegt) weiterhin durch Anträge im laufenden Haushaltsjahr erreicht wird, wird der dbb sh die angekündigten Korrekturen aktiv begleiten, bewerten und ggf. mit Empfehlungen für die Beschäftigten versehen. Das Gleiche gilt für die nach dbb sh-Überzeugung ebenfalls anstehenden Korrekturen für die Jahre 2007 bis 2024, sobald die weiteren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vorliegen. Bei der Landesregierung dürfte jedenfalls die Einsicht wachsen, dass es teuer wird, die Warnungen und Empfehlungen des dbb sh jahrelang ignoriert zu haben.

## Hamburg

### Gespräch mit Grünen-Politiker über öffentlichen Dienst

**Der Vorsitzende des dbb hamburg Thomas Treff hat sich mit Dennis Paustian-Döscher getroffen. Der Grünen-Politiker ist Fachsprecher für Haushalt und den öffentlichen Dienst der Bürgerchaftsfraktion seiner Partei.**

Beide diskutierten über wichtige aktuelle Themen des öffentlichen Dienstes. Thema war auch die Regelanfrage, die sich derzeit in den parlamentarischen Beratungen befindet. Es herrschte Einigkeit darüber, dass es derzeit dieser Maßnahme bedarf, um Feinden der Verfassung den Zugang zum hamburgischen öffentlichen Dienst zu verwehren.

Beim Thema „amtsangemessene Alimentation“ gab es einen intensiven Austausch, aber erwartungsgemäß keine inhaltliche Übereinstimmung. Auch wenn beide Seiten übereinstimmen, dass das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Besoldung eine vereinfachte Berechnungssystematik in die Diskussion gebracht hat, so blieben die Differenzen in der Bewertung, ob das sog. Partnereinkommen, das seit 2022 auch in Hamburg in die Berechnung der amtsangemessenen Alimentation einbezogen wird, verfassungsmäßig sei. Über diese auch für Hamburg sehr entscheidende Frage hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zur Berliner Besoldung noch nicht entschieden. Treff machte deutlich, dass der dbb hamburg das Partnereinkommen nach wie vor als verfassungswidrig einschätzt.

Beide tauschten sich zudem über die Tarifverhandlungen zum TV Bürgernahe Dienstleistungen Hamburg und die TV-L-Tarifverhandlungen aus. Treff wies daraufhin, dass man bei

den TV-L nicht den Anschluss an den TVöD verlieren dürfe. Deshalb sei die Forderung nach 7 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 300 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten gerechtfertigt. Zudem erläuterte er, dass endlich auch der stufengleiche Aufstieg in den TV-L mit aufgenommen werden sollte, da dieser sehr positive Auswirkungen für die Beschäftigten hätte. Deshalb hat der dbb diesen Punkt in seinen Forderungskatalog für die Tarifverhandlungen mit aufgenommen.

Thomas Treff bewertete das Gespräch im Anschluss wie folgt: „Für den dbb hamburg war es wichtig, Herrn Paustian-Döscher als wichtigen Akteur der rot-grünen Regierungsfraktion in Hamburg deutlich zu machen, dass wir als dbb hamburg auch weiterhin bereit sind, an der Zukunftsfähigkeit und der Resilienz des hamburgischen öffentlichen Dienstes konstruktiv mitzuarbeiten. Deshalb haben wir auch nach wie vor ein hohes Interesse daran, das Thema der Amtsangemessenen Alimentation endlich gemeinsam zu lösen. Dieses ist aber im Moment nicht absehbar, weil dazu insbesondere die Bewertung des sog. Partnereinkommens durch das Bundesverfassungsgericht noch aussteht. Auch wenn es im Einzelfall unterschiedliche Auffassungen gibt, ist der Austausch mit den Regierungsfractionen der richtige Weg.“





## Verband Bildung und Erziehung (VBE)

### Neue Verbandsspitze gewählt - Tomi Neckov ist Bundesvorsitzender

**Der VBE hat einen neuen geschäftsführenden Vorstand. Er wurde gewählt von dem höchsten Entscheidungsgremium des Verbandes, der Bundesversammlung, die am 5. Dezember 2025 in Berlin tagte. Neuer Bundesvorsitzender ist Tomi Neckov. Er ist Vizepräsident des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) und war in den letzten drei Jahren stellvertretender Bundesvorsitzender.**

Als 1. Stellvertreter wurde Stefan Behlau, Landesvorsitzender des VBE NRW, gewählt. Für die Position der 2. Stellvertreterin wurde Susann Meyer gewählt. Sie kommt aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und führte in den letzten sechs Jahren den Jungen VBE als Sprecherin an. Als Bundes-schatzmeister wurde Stefan Wesselmann, Landesvorsitzender des VBE Hessen, gewählt.

Der scheidende Bundesvorsitzende Gerhard Brand trat nicht erneut zur Wahl an. Er war von 2010 bis 2022 Schatzmeister und führte den Verband in den vergangenen drei Jahren als Vorsitzender. Für seine Verdienste als Bundesvorsitzender und in Würdigung seines Wirkens in Ämtern auf der Bundesebene wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der durch die Bundesversammlung beschlossene Leitantrag fokussiert auf die gemeinsame inklusive Beschulung aller Kinder, egal ob mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder

Hochbegabung. Hier heißt es: „Inklusion heißt für uns, dass alle Kinder einen Platz im Schulsystem haben – und das System sich an die Bedürfnisse anpassen muss. Individuelle Förderung in heterogenen und homogenen Gruppen ist nicht nur Umsetzung eines Menschenrechts, sondern Ausdruck eines wohlwollenden und wertschätzenden Umgangs miteinander.“

Der VBE-Bundesverband wird weiter von der Politik einfordern, angemessene Ressourcen für eine gelingende inklusive Beschulung bereitzustellen. Die konsequente Orientierung auf das einzelne Kind und die damit verbundenen individuellen Bedarfe muss hierbei der Kern einer strukturellen Neuorientierung der Schullandschaft bilden. Dies impliziert auch Anpassungen in der Ausbildung von Lehrkräften, passende Räumlichkeiten, die diesen Anforderungen gerecht werden und die Unterstützung von außen, durch Schulaufsicht, Schulträger und Fortbildungszentren.

## BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

### Vaterschaftsurlaub – Anspruch aus Europarecht?

**Die Frage, ob Vätern aus dem Europarecht ein Anspruch auf zehn Tage vergüteten Vaterschaftsurlaub anlässlich der Geburt ihres Kindes zusteht, ist bislang noch nicht abschließend gerichtlich geklärt. Das Verwaltungsgericht Köln hat in einer noch nicht rechtskräftigen Entscheidung einen entsprechenden Anspruch bejaht. Der BDZ rät den betroffenen Beamten, Ansprüche auf Vaterschaftsurlaub bzw. Schadensersatz zeitnah geltend zu machen.**

Derzeit besteht auf nationaler Ebene kein gesetzlicher Anspruch auf Vaterschaftsurlaub. Das Familienstartzeitgesetz, mit dem Partnern nach der Geburt eines Kindes eine bis zu zweiwöchige bezahlte Freistellung ermöglicht werden sollte, gelangte in der Zeit der Ampel-Koalition nicht zur Finalisierung. Der Koalitionsvertrag enthält keine Aussagen zum Vaterschaftsurlaub. Die Frage, ob sich mangels nationaler Regelung ein Anspruch auf Vaterschaftsurlaub bzw. entsprechende Schadensersatzansprüche europarechtlich aus der „Vereinbarkeitsrichtlinie“ herleiten lassen, ist umstritten.

2019 wurde die europäische „Vereinbarkeitsrichtlinie“ erlassen, nach der die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von 10 Tagen nach der Geburt in den Mitgliedsstaaten vorgesehen ist. Umsetzungsfrist dieser Richtlinie für die Mitgliedsstaaten war der 2. August 2022. Die Umsetzungspflicht besteht allerdings ausnahmsweise nicht, wenn ein Mitgliedsstaat gemäß der Richtlinie von der Einführung „befreit“ ist. Das Bundesfamilienministerium vertritt die Auffassung, dass in Deutschland aufgrund der auch für Väter bestehenden Elternzeit- und Elterngeldregelungen eine solche Ausnahme



vorliegt. Folglich bestehe kein Bedarf für die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes.

Das Verwaltungsgericht Köln kam in einem Urteil zu dem Ergebnis, dass Beamten ein Anspruch auf vergüteten Vaterschaftsurlaub unmittelbar aus der Richtlinie zusteht, da Deutschland seiner Verpflichtung, die Vereinbarkeitsrichtlinie bis zum 2. August 2022 umzusetzen, nicht nachgekommen sei. Insbesondere könne sich die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Umsetzung der Vereinbarkeitsrichtlinie nicht auf die nationalen Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld berufen. Gegen die Entscheidung wurde Berufung eingelegt, über die das Obergerverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster entscheiden wird.

Wegen des Grundsatzes der haushaltsnahen Geltendmachung ist vorab festzustellen, dass für diejenigen Beamtinnen und Beamten, die in den Haushaltsjahren 2022, 2023 und 2024 keinerlei Antrag auf Freistellung bzw. Erholungsurlaub aufgrund der Geburt ihres Kindes gestellt haben bzw. auch nicht gerügt haben, dass keine Freistellung seitens des Dienstherrn erfolgt, keine bzw. nur sehr geringe Erfolgsaussichten bei einer rückwirkenden Geltendmachung gesehen werden.

Denjenigen Beamtinnen und Beamten, denen in den Haushaltsjahren 2022, 2023 und 2024 eine Freistellung oder Erholungsurlaub aufgrund der Geburt ihres Kindes bewilligt worden ist bzw. die gerügt haben, dass keine Freistel-

lung seitens des Dienstherrn erfolgt, empfehlen wir, bei ihrer zuständigen Personalstelle geltend zu machen, dass ihnen die Freistellung bzw. der Erholungsurlaub bis zu 10 Tagen rückwirkend gutschrieben wird (Umdeutung).

Wichtig: Bei Geburten in dem Zeitraum vom 03. August 2022 bis zum 31. Dezember 2022 müssten bis zum 31. Dezember 2025 verjährungshemmende Maßnahmen durch Widerspruch, Klage oder Einholung einer Bestätigung des Verjährungsverzichts ergriffen werden.

Werdenden Vätern bzw. gleichgestellten zweiten Elternteilen empfehlen wir, für die Zeit ab der Geburt einen Antrag auf Bewilligung der 10-tägigen Freistellung zu stellen; hilfsweise sollte Erholungsurlaub beantragt werden. Gegen die Ablehnung des Vaterschaftsurlaubes sollte Widerspruch eingelegt werden mit der Bitte, bis zu einer obergerichtlichen Entscheidung das Widerspruchsverfahren ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und dies entsprechend schriftlich zu bestätigen.

Der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel bekräftigte, dass sich BDZ und dbb unabhängig von dem aktuellen Verfahren weiterhin für eine gesetzliche Regelung auf nationaler Ebene einsetzen: „Der Anspruch auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub muss schnell und rechtssicher durch eine entsprechende Anpassung der Sonderurlaubsverordnung umgesetzt werden.“

## Termine:

11.-13. Januar 2026

### dbb Jahrestagung 2026

„Starker Staat – krisenfest und bürgernah“

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

15.-16. Januar 2026

### Einkommensrunde der Länder 25/26

#### 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

11.-13. Februar 2026

### Einkommensrunde der Länder 25/26

#### 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)